



WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Alexander van der Bellen für EU- und Globalisierungs-Kritiker sowie Neutralitäts-Befürworter unwählbar!

Stellungnahme des überparteilichen EU-Austritts-Komitees
zur Stichwahl des Bundespräsidenten am 22. Mai 2016

Aus aktuellem Anlaß möchten wir hiermit die WEGWARTE-Leser und möglichst viele weitere Mitbürger über unsere **Presseaus-sendung** vom 26.4.2016 zu obigem Thema mit folgendem Wortlaut informieren:

Zeiselmauer (OTS) - Anlässlich des Ergebnisses des 1. Wahlgangs der Bundespräsidentenwahlen erklären heute die Mitglieder des überparteilichen EU-Austritts-Personenkomitees (**261.056** amtliche Unterzeichner beim Volksbegehren Ende Juni 2015), daß für EU- und Globalisierungs-Kritiker, demokratische Europäer und Neutralitäts-Befürworter der Kandidat der „Grünen“, Alexander van der Bellen (VdB), unwählbar ist.

„Seine gesamte Weltanschauung über viele Jahre hinweg weist ihn als bedingungslosen Befürworter einer **zentralistischen, US-hörigen EU-Herrschaft** über vormals selbständige, freie Staaten aus, sowie als Befürworter der NATO (und damit der weltweiten Angriffskriege der USA und ihrer Vasallen) anstatt der verfassungsmäßig verankerten, immerwährenden Neutralität Österreichs“, so **Inge Rauscher**, Bevollmächtigte des EU-Austritts-Volksbegehrens und frühere stellvertretende Bundesvorsitzende der „Ver-einten Grünen Österreichs“ (VGÖ) sowie zweimal wiedergewählte Gemeinderätin der parteifreien „Grü-

nen Bürgerliste Zeiselmauer“.

Und weiter: „VdB präsentierte sich in den vergangenen Jahren eher als ein den multinationalen Konzernen dienender Globalisierungs-Befürworter, **Neo-Liberaler** und Vordenker der ‘Vereinigten Staaten von Europa’, wo die Bürger über die wichtigsten politischen Angelegenheiten nicht mehr befragt werden dürfen, anstatt als Vertreter einer regionalen, ökologisch und sozial verträglichen Kreislaufwirtschaft, wie dies echtem grünen Denken viel eher entsprechen würde.“

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß VdB auch die für die mittelständische Wirtschaft und die Bauern **ruinösen Freihandelsabkommen** der EU mit den USA bzw. Kanada - CETA, TTIP und TISA - unterschreiben würde. Denn erst als – offenbar von seinen „Spin-Doktoren“ beeinflusster - Bundespräsidenten-kandidat hat er sich von seinen früheren Aussagen der Befürwortung von TTIP & Co. teilweise distanziert (siehe Zitate-liste im Anhang).

Auch wird er als - von den Parlamentsgrünen finanzierter, jedoch sich „unabhängig“ nennender - Präsidenten-kandidat sicherlich nicht von deren Linie der **Ablehnung** der von der FPÖ beantragten Volksbefragung über den EU-Austritt Österreichs abweichen, wie in der Plenarsitzung des Nationalrats vom 27.1.2016 erlebt. Seine

Wahl würde somit auch einen großen **Rückschritt für die direkte Demokratie** bedeuten, welche von den „Grünen“ immer wieder nur in Sonntagsreden beschworen wird. Das belegen auch seine wiederholten Aussagen, daß er einen – von den Bürgern mehrheitlich und demokratisch gewählten - Bundeskanzler, der nicht seinen politischen Vorstellungen entspricht, keinesfalls angeloben würde!

Inge Rauscher abschließend: „Als jahrelanger Obmann einer Partei, die dem Slogan **‘Wer Heimat im Herzen hat, hat Scheiße im Hirn’** huldigte, ist davon auszugehen, daß im Falle seiner Wahl die Zuwanderung hemmungslos fortgesetzt, die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen, unser durch viele Generationen erarbeitetes Sozialsystem weiter ausgebeutet und dadurch auch der Schuldenstand weiter steigen wird. Umso bemerkenswerter, ja geradezu scheinheilig ist es da, wenn VdB im jetzigen Wahlkampf ausgerechnet das Wort ‘Heimat’ strapaziert.“

**Aus diesen Gründen:
NEIN zu Van der Bellen
als Bundespräsident!**

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160426_OTS0011

Der 22. Mai - Tag der Wende für Österreich? Aktive Bürger gefragt!

Das Ergebnis des ersten Durchgangs der Bundespräsidentenwahl war ein politischer Erdbeben, der schon lange fällig war. Nun kommt alles darauf an, wie die Stichwahl am 22. Mai ausgeht und welchen Bundespräsidenten wir tatsächlich bekommen werden. Die Anhänger des von vielen Meinungsforschern und Massenmedien offensichtlich gewünschten und favorisierten, langjährigen Parteichefs der Parlaments-„Grünen“, Van der Bellen, reden ein **Klima der Angst** herbei und strapazieren dabei vor allem die **Keule des „Auslands“**. Damit sollen Österreichs Bürger und Wähler **eingeschüchtert** und ihrer freien Entscheidung beraubt werden. Angeblich würde das „internationale“ Ansehen Österreichs bei einem freihheitlichen Bundespräsidenten „leiden“ und das Land selbst dadurch „gespalten“ werden. Für diese miese und vor allem völlig undemokratische Kampagne werden sich sicher viele der vom derzeitigen Noch-Herrschaftssystem **finanziell abhängigen** Künstler, Manager, Journalisten, Professoren usw. einspannen lassen. Ihnen geht es ausschließlich um ihre eigene Karriere und am allerwenigsten um Österreich!

In Wahrheit leidet das internationale Ansehen Österreichs in erster Linie durch dessen Mittragen der unseligen

Angriffs-Kriegspolitik der EU im Sog der USA, das seit dem erschwindelten EU-Beitritt Österreichs die jahrzehntelang außenpolitisch anerkannte, laut Verfassung **„immerwährende NEUTRALITÄT“** untergräbt und unser Land außerhalb der wirtschaftlich und moralisch hoch verschuldeten „westlichen Welt“ immer unglaubwürdiger macht. Heute verachten uns deshalb maßgebliche Kreise in großen Teilen der bei weitem größeren, nicht-westlichen Welt; diese ist nämlich bei weitem nicht der „Nabel der Welt“ ist als die sie von den ihr hörigen Medien dargestellt wird. Für diese überheblichen „Westler“ sind wir bestenfalls Befehlsempfänger, quasi Sklaven, deren wirtschaftlichen und politischen Interessen (siehe TTIP/CETA/TISA) wir zu dienen haben. Dieser „Unterfunktion“ dient auch Van der Bellen.

Und **„gespalten“** wird das Land vor allem durch die **gesteuerte Völkerwanderung** aus dem arabischen, asiatischen und afrikanischen Raum mit ganz anderem kulturellen und religiösen Lebensstil als er bei uns über Jahrhunderte entwickelt wurde. Da nützt auch die vielbeschworene **„Integration“** nichts, eine über viele Generationen hinweg

entstandene **Identität** kann (und soll man auch nicht) ablegen wie einen abgetragenen Mantel. Aber sie braucht auch das geographische, klimatische und sonstige spezifische Umfeld, in dem sie entstanden ist, und kann nicht bedenkenlos in Massen in irgendwelche anderen Erdteile verpflanzt werden - auch wenn diese ein vergleichsweise hohes Sozialniveau aufweisen wie Deutschland und Österreich. Die daraus entstehenden Konflikte am Arbeits- und Wohnungsmarkt und in vielen anderen Lebensbereichen sind vorprogrammiert, auch wenn wir für die Zuwanderer Deutschkurse (und vieles andere) bezahlen. Die **Verlierer** dabei sind beide Seiten - die Zuwanderer und die angestammte Bevölkerung, vor allem die nicht so begüterte!

Was heißt „deutsch-national“ wirklich?

1955, im Jahr des Staatsvertrags für Österreich, erklärte Dr. Alfons **Gorbach**, damals Obmann der steirischen ÖVP und späterer Bundeskanzler:

„Österreich kann seine Mittlerrolle zwischen Ost und West nur erfüllen, wenn es ein freier, aber auch deutscher Staat bleibt.“ (aus „Der Spiegel“ Nr. 44/1955, S. 32). Derselbe weiter:

„Ein volles Jahrtausend gemeinsamer Sprache und Geschichte, gemeinsamer Religion und Kultur, gemeinsamen Leides, gemeinsamer Abwehr außereuropäischer Kräfte, läßt sich einfach nicht auslöschen.“

SPÖ-Vizekanzler und -Obmann DDr. Bruno **Pittermann** erklärte am 4.4.1964 vor dem Bund Sozialistischer Akademiker:

„Auf die Frage, ob wir Deutsche oder Österreicher sind, wird die Mehrheit der Österreicher wie im Jahre 1918 antworten: deutsche Österreicher.“

SPÖ-Bürgermeister von Linz, Dr. Ernst **Koref**, erklärte 1965 in der Zeitschrift „Die Zukunft“, S. 6-7:

„Sagen wir es vielmehr klipp und klar: Wir sind deutsche Österreicher, und spielen wir nicht weiterhin aus Opportunitätsgründen verstecken!“

Bitte mitmachen bei der INFOBLATT-VERTEILUNGS-AKTION!

Diese WEGWARTE-Ausgabe enthält auf den (absichtlich nicht nummerierten) Seiten 5 und 6 ein „Informationsblatt“ des Überparteilichen EU-Austritts-Personenkomitees, das **zum Herausnehmen und Weitergeben** gedacht ist. Wenn man es aus der WEGWARTE heraustrennt und per „Wickelfalz“ ineinander faltet, ist es ein schmaler **„Folder“** mit 6 Seiten im üblichen Hochformat, der sich gut zum Verteilen in Briefkästen Ihrer Umgebung, auf großen Kurzparkzonen-Parkplätzen, in Geschäften und Gasthäusern etc. eignet. Entweder selbst kopieren oder bei uns (auch in größerer Menge - ?) in fertig gedruckter Form auf stärkerem Prospektpapier **bestellen** - per Telefon

02242/70516 oder 0664/425 19 35 oder per E-mail bei ihu@a1.net. Jede von Ihnen gewünschte Menge wird dann postwendend an eine von Ihnen angegebene Adresse geschickt. Die Zeit drängt - die Stichwahl ist bereits am 22. Mai! Auch wenn sich nur mehr einige Verteiltage ausgehen sollten, ist es die Arbeit trotzdem „wert“. Das Infoblatt (zwei A-4-Seiten) kann auch sofort **per E-mail** weiterverbreitet werden, bitte entspr. anfordern oder von unserer Webseite www.eu-austritts-volksbegehren.at herunterladen. In Wien können „Folder“ auch bei Fa. Schmitz im 20. Bezirk, Leystr. 43, Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr (Tel. 01/330 340 330), abgeholt werden.

Doch noch Befragung zu EU-Austritt?

Parlamentarische Befürworter betonen, Abstimmung noch nicht vom Tisch

Wien Den Initiatoren des Volksbegehrens für den EU-Austritt Österreichs gelang im Vorjahr ein beachtlicher Erfolg. Trotz geringer Resonanz in den Massenmedien wurde das Volksbegehren von 261 056 Staatsbürgern unterzeichnet. Nun setzt man auf die Volksbefragung.

Wenn in der Alpenrepublik ein Volksbegehren mindestens 100 000 Unterstützer findet, muss sich damit das Parlament befassen. Im konkreten Fall geschah das am 27. Jänner 2016, wobei sich nach entsprechender Diskussion 47 von 183 Nationalratsabgeordneten für die Abhaltung einer Volksbefragung aussprachen.

Für die Realisierung des Vorhabens waren das freilich zu wenig Stimmen. Es hätte mindestens einer einfachen Mehrheit bedurft. „Die aber in absehbarer Zeit zu erreichen, ist dagegen nicht vom Tisch“, erklärte Inge Rauscher, die Sprecherin der Initiatoren des Volksbegehrens anlässlich einer Informationsveranstaltung letzte Woche im Amtshaus des dritten Wiener Gemeindebezirks. Es stimmten nämlich zwei Parteien, die Freiheitlichen und das Team Stronach geschlossen, sowie drei parteifreie Parlamentarier für die Befragung des Volkes über Austritt oder Verbleib Österreichs



Für eine Volksbefragung zum EU-Austritt: (von rechts) Prof. Wohlmeyer und Helmut Schramm vom Personenausschuss, FPÖ-NR-Abg. Jessi Lintl, Inge Rauscher, Bevollmächtigte, Mag. Klaus Faischner, Journalist, TS-NR-Abg. Ing. Waltraud Dietrich, freie NR-Abg. Dr. Susanne Winter

in der EU. „Und da mit Blick auf die aktuellen Umfrageergebnisse nach den nächsten Nationalratswahlen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ nicht unwahrscheinlich ist, ist auch die Volksbefragung zu diesem Thema nicht unwahrscheinlich“, folgerte Rauscher. Sie hatte auch die Informationsveranstaltung organisiert.

Als erste Gastrednerin ergriff Unternehmensberaterin Dr. Jessi Lintl von der FPÖ das Wort. Sie führte aus, dass der EU-Austritt in Österreich ein Tabuthema darstellt, aber möglich ist, und begründete ihre Haltung mit der

und inzwischen gebrochen wurde. Man hat nur die vier Freiheiten der EU gelobt, aber nicht auf die Kehrseiten der Medaillen hingewiesen. Die bäuerliche Landwirtschaft scheint vollends unter die Räder zu geraten. Agrarprodukte wurden zu Börsenprodukten! Dagegen hätte jeder Staat, seinen Bürgern Ernährungssicherheit zu gewährleisten, erreichbar nur durch hohen Selbstversorgungsgrad. 1400 Patente auf Tiere und 2500 auf Pflanzen seien Zeugnis einer üblichen Geschäftemacherei.

Für Dr. Susanne Winter, parteifrei, ist die EU gut gestartet, heute aber das Problem selbst! Sie zitierte den Staatsrechtler Dr. Karl-Albrecht Schachtschneider: „Die Wirtschaft Österreichs würde durch einen EU-Austritt aufblühen und keinen Schaden erleiden!“

Der Buchautor und freie Journalist Mag. Klaus Faischner bezeichnete die EU als Großmacht- und nicht als Friedensprojekt, denn fast alle EU-Staaten sind NATO-Mitglieder. Und er trachtete Mut zu machen, indem er darauf hinwies, dass der Schweiz und Norwegen – ohne EU-Mitgliedschaft – der Untergang vorausgesagt wurde. Das Gegenteil trat ein. Ohne EU ersparte sich Österreich viel Geld, könnte eine eigene Währungs- und Einwanderungspolitik machen sowie faire Handelsabkommen eingehen, müsste nicht TTIP und Russlandemargo mittragen.

Ing. Franz Schachinger

Was sind die wichtigsten Argumente der EU-Befürworter?

Am 23. Juni stimmt Großbritannien über einen Austritt aus der EU ab. Auch in Österreich könnte es bei einem Regierungswechsel womöglich bald so weit sein. Eine Propagandawalze stünde uns bevor. Daher ist es umso wichtiger, die wichtigsten Argumente der EU-Befürworter zu kennen und zu widerlegen.

1.) „Ohne EU geht Österreich wirtschaftlich unter“

„Gegen die EU zu sein würde bedeuten, Zehntausende Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen“, sagte Ende April Alexander Van der Bellen. Er ist einer von vielen, die immer wieder mit falschen Horrorzahlen vor einem EU-Austritt warnen. Daß es Staaten außerhalb der EU besser geht, zeigen die Schweiz, Norwegen und Island.

Beispiel A: Island

Im Herbst 2008 gingen die drei größten Banken des Landes pleite und die Wirtschaft brach zusammen. Wie überall anders sollten auch hier die Pleitebanken mit gigantischen Beträgen gerettet werden. Ein rascher Beitritt zu EU und Euro sei unausweichlich, hieß es allgemein. Doch das Volk wehrte sich: Es erzwang zwei Volksabstimmungen, stimmte gegen die Bankenrettung und wehrte sich gegen den EU-Beitritt. Schon bald ging es wieder aufwärts: „Island konnte in der Finanzkrise – anders als die Euro-Pleiteländer – sofort auf die Misere reagieren, da es eine eigene Währung hat. Die isländische Krone wurde drastisch abgewertet, sodaß das Land sofort wieder konkurrenzfähig war“, schrieb die deutsche Zeitschrift Wirtschaftswoche. Im Vorjahr wuchs die Wirtschaft um rund 4 %, die Arbeitslosigkeit beläuft sich derzeit auf 3 % und die Reallöhne sollen bis 2018 um fast 3 % pro Jahr wachsen – alles Fabelwerte in Europa. Ex-Premierminister Sigmundur Gunnlaugsson erklärte: „Die isländische Wirtschaft hat sich viel besser entwickelt als die Wirtschaft der EU. Wir haben riesige Verbesserungen erwirkt, während die EU in Schwierigkeiten und einer Dauerkrise steckt.“

Beispiel B: Schweiz

Auch der Schweiz wurde der Untergang mit bis zu 20 Prozent Arbeitslosigkeit prophezeit, wenn sie nicht

dem EU-Vorhof EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) und der EU beitriff. Doch das Volk sagte 1992 in einem Referendum „Nein“. Seither geht es mit der Schweiz wirtschaftlich stetig aufwärts. Sie hat zwei Drittel weniger Arbeitslose als Österreich, bei den Eidgenossen stiegen – im Gegensatz zu Österreich – die Reallöhne und sanken die Schulden.

Beispiel C: Norwegen

Anstatt der EU wie Österreich beizutreten, sagten die Norweger 1994 „Nein“. Auch ihnen wurde gedroht, daß die Exporte und Investitionen sinken, das Kapital ins Ausland wandern, die norwegische Krone fallen und die Beschäftigung in der Industrie sinken würde. Auch hier entpuppten sich alle Horrormeldungen als Lügen!

Gerne sagen dann EU-Befürworter: „Die Schweiz hat Banken und Norwegen Öl.“ Stimmt – aber das hatten sie vor 20 Jahren auch schon!

Zusätzlich sagen immer mehr unabhängige Studien Wohlstandsgewinne für Staaten voraus, wenn sie aus der EU austreten. So errechnete das angesehenen Wirtschaftsforschungsinstitut Capital Economics für die Niederlande, daß jedem Haushalt nach einem EU-Austritt pro Jahr tausende Euro mehr in der Tasche bleiben als jetzt.

2.) „Die EU als Sündenbock“

Gerne behaupten Politiker und Medien, daß die EU als willkommener Sündenbock für hausgemachte Probleme herhalten müsse. Auch hier ist das Gegenteil der Fall: **Über die EU werden Gesetze durchgebracht, die im Nationalstaat nie beschlossen werden könnten.** So verlangte zum Beispiel die FPÖ 2001 Fingerabdrücke in den Pässen. Es gab (zurecht) einen großen Aufschrei. Seit April 2009 gibt es diese Fingerabdrücke in den neu ausgestellten Pässen nun tatsächlich – weil es die EU verlangte! Auch die Asylantenflut, das Glühbirnenverbot oder die Privatisierung von Staatseigentum wäre in einem unabhängigen Nationalstaat so nie möglich gewesen.

3.) „Friedensprojekt EU“

Auch das ist eine Lüge. Daß die

EU kein Friedensprojekt ist, wurde spätestens seit dem Konflikt in der **Ukraine** offensichtlich: Wegen des Abkommens mit der EU kam es zu den Unruhen und dem blutigen Bürgerkrieg. **Die EU ist als verlängerter Arm von USA und NATO ein Unfriedensprojekt.** In der Schweiz hingegen hat es seit über 150 Jahren keinen Krieg mehr gegeben. Sie hätte sich den Friedensnobelpreis verdient, nicht die EU.

4.) „Die EU reformieren – eine andere EU schaffen“

Die EU ist zwar auf einem falschen Weg, aber man müsse sie nur reformieren, meinen manche „kritischen“ EU-Befürworter. Da stellt sich die Frage: Warum wurde sie bisher nicht reformiert? Pierre Levy, Herausgeber Monatszeitschrift „Le Nouveau Bastille-République-Nations“ erklärte treffend: „Es gibt eine enge Beziehung zwischen Inhalt und Struktur. Mit den Strukturen der Mafia kann man nicht das Rote Kreuz organisieren und der Bauplan eines Gefängnisses eignet sich nicht für eine Schule. Es ist ein Kardinalfehler zu glauben, die EU sei ein Art „neutrales Gefäß“, in das man beliebige politische Inhalte gießen kann. **Die EU war von Anfang an eine Struktur zur Durchsetzung der Interessen des Großkapitals.**“

von Klaus Faißner

Mag. Klaus Faißner absolvierte das Studium der Umweltsystemwissenschaften in Graz und ist seit 2002 in Wien als freier Journalist tätig. Er wurde mit dem Österreichischen Solarpreis und mit dem internationalen Salus-Journalisten-Sonderpreis für gentechnikkritische Berichterstattung ausgezeichnet, ist Verfasser mehrerer Sachbücher, u.a. „Wirbelsturm und Flächenbrand/Das Ende der Gentechnik“ (ISBN-13: 978-3200017498), und Broschüren, darunter „Friedensprojekt oder Europas Untergang? Zahlen und Fakten zur EU.“ sowie „EU-Austritt: Geht es dann wieder aufwärts? Zahlen und Fakten zur Wirtschaft.“

Kontakt: 1133 Wien, Postfach 15, Tel. 0650/7132350, E-mail: k.faissner@gmx.at

Direkte Demokratie Gebot der Stunde!

1. VOLKSBEGEHREN.

„Der Nationalrat möge den Austritt der Republik Österreich aus der Europäischen Union mit Bundesverfassungsgesetz, welches einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, beschließen.“ Das war der offizielle Text des bundesweiten, **überparteilichen EU-Austritts-Volksbegehrens**, das von 24. Juni bis 1. Juli 2015 in Österreich stattfand und von **261.056** Stimmbürgern und -Bürgerinnen in den Gemeindeämtern bzw. Stadtmagistraten unterzeichnet wurde - ein großer Erfolg der unabhängigen Bürgerbewegung!

2. VOLKSBEFRAGUNG.

Bei der parlamentarischen Behandlung dieses Volksbegehrens am 27.1.2016 stellte die **FPÖ-Fraktion** ganz offiziell den Antrag auf Volksbefragung über den Austritt Österreichs aus der EU. Volksbefragung bedeutet Mehrheitsfeststellung in der Gesamtbevölkerung pro bzw. contra EU-Austritt. Das Ergebnis ist nicht bindend für die Regierung, realpolitisch aber trotzdem von großer Bedeutung! **Für** diesen Antrag stimmten insgesamt **47 Nationalratsabgeordnete**: die gesamte FPÖ-Fraktion, die gesamte Fraktion des „Team Stronach“ sowie drei klubfreie Abgeordnete. **Dagegen** stimmten SPÖ/ÖVP/NEOS/GRÜNE - für sie alle ist direkte Bürgermitsprache nur ein Thema für Sonntagsgesprächen. Dadurch erhielt dieser bahnbrechende Antrag - noch - keine Mehrheit. Das könnte aber demnächst schon ganz anders aussehen!

3. VOLKSABSTIMMUNG.

Das Recht auf für die Regierung bindende Volksabstimmung zu den Themen, die vom Volk selbst für wichtig erachtet werden, gibt es weltweit nur in der EU-freien **Schweiz**. Dort wurde dieses System der Bürgerentscheidungen - die echte „direkte Demokratie“ - in Jahrhunderten entwickelt und hat sich in der Praxis sehr bewährt. Es ist auch für Österreich anzustreben, aber eben **nur möglich außerhalb der EU**. Denn die ganze EU-Konstruktion hat sich in ihrem umfangreichen, für Normalbürger kaum durchschaubaren Vertragswerk rechtlich absichern lassen, daß **„EU-Recht vor Landesrecht geht“!** Deshalb werden auch über 80 Prozent aller für uns Österreicher geltenden Gesetze seit Jahren von „Brüssel“ bestimmt und nicht mehr im eigenen Land (und schon gar nicht vom jeweiligen europäischen StaatsVOLK) entschieden.

Für ein freies, selbständiges und neutrales Österreich!

- Für die Bewahrung der Identität Österreichs und den **inneren Zusammenhalt** in unserem Land: Stop der illegalen, von der EU aufgezwungenen Massenzuwanderung!
- Für die Umkehr von der derzeitigen **Rekord-Arbeitslosigkeit** und Rekord-Staatsverschuldung durch Wiederaufbau der volkswirtschaftlichen Basis unseres Landes, der mittelständischen Wirtschaft.
- Keine horrenden Mitgliedsbeiträge mehr an die EU, kein Mittragen von Euro = Bankenrettungspaketen anderer Staaten mehr. Wiederbelebung der Kaufkraft durch **eigene Währung**.
- Bei EU-Austritt Österreich automatisch nicht gebunden an **TTIP/CEFTA/TISA**, die ruinösen Freihandelsabkommen der EU mit USA und Kanada, und automatisch nicht mehr Mitglied von **EU-RATOM**, der Europäischen Atom „gemeinschaft“.

Überparteiliches EU-AUSTRITTS-PERSONENKOMITEE

Inge Rauscher, Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“
Helmut Schramm, Angestellter
Mag. Markus Lechner, Volkswirt
Dr. Franz-Joseph Plank, Tierarzt und
Obmann der Tierschutzorganisation „Animal Spirit“
Renate Zittmayr, Bäuerin
Hon.Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr. **Heinrich Wohlmeyer**,
Ressourcenökonom

p.A. 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5,
Tel. 02242/70516, 0664/425 19 35. E-mail: ihu@a1.net

Gerne senden wir Ihnen auf Anfrage weitere
Informationen über unsere langjährige Arbeit zu.

www.eu-austritts-volksbegehren.at  

Bitte weiterverbreiten!

**ALEXANDER VAN DER BELLEN
UNWÄHLBAR**

**für EU- und
Globalisierungskritiker
sowie Neutralitäts-
Befürworter!**

**Was Sie über die Massenmedien
nicht erfahren dürfen.**

**Informationsblatt des Überparteilichen
EU-Austritts-Personenkomitees.**

Entstanden aus Verantwortungsgefühl für Österreich,
aus eigenem Antrieb, finanziert aus ausschließlich
freiwilligen Kostenbeiträgen bewußter, nicht parteige-
bundener Staatsbürger und verteilt von ausschließlich
ehrenamtlichen Freiwilligen.

**Österreich braucht keinen
weiteren Steigbügelhalter
der „Brüsseler“ EU als
Bundespräsident!**

Die politischen Ansichten von Van der Bellen VOR dem Präsidentschaftswahlkampf anhand von belegten Aussagen des langjährigen Parteichefs der „Parlamentsgrünen“, der sich plötzlich als „unabhängig“ bezeichnet:

Seine gesamte Weltanschauung über viele Jahre hinweg weist ihn als bedingungslosen Befürworter einer **zentralistischen, US-hörigen EU-Herrschaft** über vormals selbständige, freie Staaten aus sowie als Befürworter der NATO und damit der weltweiten Angriffs- und Destabilisierungs-Kriege der USA und ihrer Vasallen anstatt der verfassungsmäßig verankerten, immerwährenden NEUTRALITÄT Österreichs. Van der Bellen ist ein den multinationalen Konzernen dienender Globalisierungs-Befürworter, Neo-Liberaler und Vordenker der „Vereinigten Staaten von Europa“, wo die Bürger über die wichtigsten politischen Angelegenheiten nicht mehr befragt werden dürfen. Er ist alles andere als ein Vertreter einer regionalen, ökologisch und sozial verträglichen Kreislaufwirtschaft, wie dies echtem „grünen“ Denken entsprechen würde.

Erst im Präsidentschaftswahlkampf hat er sich von seinen früheren positiven Aussagen zum TTIP-Abkommen teilweise distanziert. Auch die direkte Demokratie ist für ihn bestenfalls ein Wahlkampfthema. Seine „Grünen“ haben erst vor kurzem den FPÖ-Antrag auf Volksbefragung über den Austritt Österreichs aus der EU geschlossen **abgelehnt**. Wiederholt betonte er, daß er selbst einen von den Wählern mit demokratischer Mehrheit ausgestatteten Bundeskanzler nicht angeloben würde, wenn er nicht seinen politischen Vorstellungen entspricht.

Der langjährige Obmann einer Partei, die dem Slogan **„Wer Heimat im Herzen hat, hat Scheiße im Hirn“** huldigte, distanziert sich erst jetzt von solchen und ähnlichen Aussagen und entdeckt ganz plötzlich das Wort „Heimat“ als werbewirksam, um politisch nicht so versierte Bürger zu täuschen. Im Falle seiner Wahl würde die Massenzuwanderung hemmungslos fortgesetzt und unsere durch viele Generationen erarbeitete Infrastruktur und unser Sozialsystem weiter ausgebaut werden und Schuldenstand und Arbeitslosigkeit weiter steigen. Siehe nebenstehende Original-Aussagen von Van der Bellen.

„Wenn es die EU nicht gäbe, müßten wir sie erfinden.“

Ich persönlich bin ein Freund der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘:

Rede von VdB bei einer Veranstaltung der deutschen „Grünen“ in Berlin am 4.3.2016.

Als wären die „Vereinigten Staaten von Amerika“ (USA) so ein Vorbild für eine (un-)freie Welt!

„Ja, wir sind eine Ausländerpartei. Na und?“

Rede von VdB beim Wahlkampfauftritt der Wiener „Grünen“ am 7.9.2010.

„Ich z.B. bin dafür, Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt zu führen.“

VdB im Interview mit „Die Presse“ vom 6.12.2008.

„Ich habe übrigens noch nie ein schlechtes Wort über die NATO gesagt.“

VdB im „profil“-Interview vom 6.4.2008.

„Als Ökonom bin ich natürlich ein Anhänger des Freihandels.“

Bei TTIP gibt es verschiedene Probleme, die sich lösen lassen.“

VdB im Interview mit „die Presse“ vom 19.9.2015. Als würde sich etwa der massive Einsatz von

Genmanipulation in der Lebensmittelproduktion in den USA und Kanada „lösen“ lassen....

Befürworter von Sanktionen gegen Österreich

Anlässlich der unseligen Sanktionen gegen Österreich seitens der EU wegen einer dieser nicht „genehmen“

Regierung und deren Aufhebung meinte der Bundessprecher der „Grünen“, Alexander van der Bellen, wörtlich:

„Beide Seiten dürfen sich jetzt nicht die Rosinen herauspicken, die sie glauben, in dem Kuchen des Weisenberichts zu finden.“

Um einen Fall wie Österreich (!) **künftig zu verhindern**, verlangte VdB einen eigenen EU-Kommissar für Menschen- und Bürgerrechte. (aus „Jahrbuch der europäischen Integration 2000/2001; Artikel von Paul Luif S. 375)

Daraus wird ersichtlich, daß VdB sich schon damals nicht den österreichischen Wählern verpflichtet fühlte, sondern einem undefinierbaren, jedenfalls nicht demokratisch legitimiertem internationalen Meinungsbevormundungs- und Unterdrückungskartell namens dubioser, sogenannter „Weiser“. Er würde wohl auch „Strafsanktionen“ gegen Österreich im Falle einer vom Wähler gewünschten „Wenderegierung“ befürworten.... Es ist jedem unbenommen, seinen eigenen Untergang zu wählen, wir wollen aber zumindest unsere Mitbürger davor warnen und bitten Sie, dieses unabhängige Infoblatt entspr. weiter zu verbreiten!

JA ZU EUROPA - NEIN ZUR EU!

Nein zu den „Freihandelsabkommen“ TTIP & Co.!

Stehen die Abkommen TTIP, CETA und TiSA kurz vor der Unterzeichnung? Wenn es nach Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama geht, so soll das zumindest bei dem TTIP-Abkommen zwischen der EU und den USA bald so weit sein. Was versteckt sich hinter den oft diskutierten Kürzeln? **TTIP** bedeutet zu Deutsch „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“, **CETA** (zwischen der EU und Kanada) auf Deutsch „Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen“, und **TiSA**, das zwischen der EU, Nordamerika und asiatischen Staaten ausverhandelt wird, „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“.

Worum geht es wirklich?

1.) um den **Abbau aller Standards**, egal ob es um **Umwelt, Lebensmittel oder Soziales** geht. Ein Beispiel: Nach dem EU-Beitritt wurden viele österreichische Standards gesenkt. Trotzdem sind die niedrigeren EU-Werte meist immer noch besser als jene in den USA – so gibt es in der EU kein Hormonfleisch oder keine Chlorhühner wie in Amerika. Auch sind in der EU weniger Gentechnikpflanzen zugelassen als in den USA. Durch TTIP oder CETA werden die jetzigen Standards weiter gesenkt.

2.) um **private Schiedsgerichte**: Konzerne können Staaten verklagen, weil sie durch strengere Gesetze weniger Gewinne machen.

3.) um die **Prüfung aller neuen Gesetze auf Wirtschaftlichkeit**: im sogenannten „Rat für Regulatorische Kooperation“ bekommen Konzerne Gesetzesentwürfe vor den Parlamenten zu Gesicht. Auch gefährliche Stoffe können „aus wirtschaftlichen Gründen“ eventuell nicht verboten werden.

4.) um **industriefreundliche Zulassungsverfahren**: diese müßten z.B. für Gentechnikpflanzen „wissenschaftlich basiert“ sein. Nicht mehr das Volk oder Politiker würden über die Zulassung entscheiden, sondern alleine Wissenschaftler, die meist eng mit Konzernen zusammenarbeiten.

So wie es bisher hieß „ohne EU gehen wir unter“, so trommeln nun

die Medien „ohne TTIP gehen wir unter“. Doch unabhängige Studien zeigen auch hier das Gegenteil: Die **Tufts Universität** in Massachusetts in den USA errechnete, dass **TTIP in der EU 600.000 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2025 vernichten** und zu Einkommensverlusten von 165 bis zu 5.000 Euro pro Person und Jahr führen werde. Auch Steuereinnahmen und Wirtschaftsleistungen würden erheblich schrumpfen.

NAFTA-Abkommen als warnendes Beispiel

Abkommen nach den vier obengenannten Prinzipien gibt es erst seit knapp 25 Jahren. Das erste war das NAFTA-Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko aus dem Jahr 1994. Das NAFTA-Abkommen, das Millionen Menschen in Mexiko und den USA ins Elend stürzte, war die Vorlage für TTIP & Co.. Den EU-Verhandlern wurde laut dem Buchautor Max Roth ein eintausendseitiger US-amerikanischer Mustervertrag vorgelegt, bei dem kein Spielraum bestanden habe. „Alle Staaten werden an den US-Regierungsapparat angegliedert“, so Roth. Auch Vergleiche mit dem Militär wurden angestellt: So bezeichnete die US-Präsidentenskandidatin Hillary Clinton TTIP als „Wirtschafts-NATO“.

Austritt aus der EU schützt am besten

Ohne die EU könnte es CETA und TTIP und TiSA nicht geben. Denn erst der EU-Vertrag von Lissabon, den Prof. Karl Albrecht Schachtschneider als „Diktatur-Vertrag“ bezeichnete, ermöglichte es der EU, solche Verträge (geheim) auszuverhandeln. „Nicht TTIP zerstört die Demokratie, sondern die Zerstörung der Demokratie durch den Lissabon-Vertrag gebiert TTIP“, brachte es Roth auf den Punkt. **Der sicherste Weg gegen TTIP & Co. ist der Austritt aus der EU.** Der zweite Weg scheint momentan, Norbert Hofer zum Bundespräsident zu wählen. Er versprach, TTIP nicht zu unterschreiben und das Volk zu befragen.

von Mag. Klaus Faissner, freier Wirtschafts- und Umweltjournalist

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit 25 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Für krisensichere Ernährungs-Souveränität aus der Natur und Volksgesundheit

Einladung zum

SOMMER - TREFFEN

in Vorchdorf im Almtal (Oberösterreich)

am **Samstag, 25. Juni 2016**, ab **14 Uhr**

im „URKORNHOF“ von Fam. Kammerleitner, Point 11

Die Familie zählt zu den Pionieren einer natürlichen Ernährung frei von chemischen Zusätzen und Geschmacksverstärkern und erzeugt seit vielen Jahren eine ganze Reihe von ursprünglichen, mineralstoffreichen Naturprodukten und gibt ihr großes Wissen auch gerne weiter. Vorchdorf liegt an der Hauptstrecke der Westbahn zwischen Wels und Salzburg; der URKORNHOF ist ca. 15 Gehminuten von der Bahnstation entfernt.

Programm:

14 Uhr Betriebsbesichtigung inkl. **Vortrag** des Betriebsinhabers **Ing. Kurt Kammerleitner**.
Anschließend **Einkaufsmöglichkeit** im Hofladen und Jause
(mit Kuchen, Nudel-/Gemüsesalat oder Aufstrichbroten)
und danach im dortigen Seminarraum, ab **ca. 16.30h**

Zwei Vorträge mit Diskussion zum Thema:

„WIE WIR ZU PATIENTEN GEMACHT WERDEN“, und
„WISSENSWERTES ÜBER IMPFUNGEN“

von **Ingrid WEBER**, Aktivistin für Gesundheitsförderung und Bewußtseinsarbeit.

Dabei wird es vor allem um die Frage gehen, wieso es trotz jahrzehntelanger unvorstellbarer Milliardenaufwendungen für die sogenannte „Forschung“ heute praktisch keinen gesunden Menschen mehr gibt und wie dies wieder anders werden könnte.

Ende des Treffens: ca. 18.30h

Redaktionsschluß: 28.4.2016

WEGWARTE 26. Jahrgang, Folge 3, Mai 2016

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net

Spendenkonto: PSK, IBAN AT 366000000007483053, BIC OPSKATWW

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer